

**Andrássy Universität Budapest**  
**Internationaler Doktorandenworkshop am 10.10.2012**  
**„Politische Kultur in der Demokratie – Herausforderungen für Politiker und Bürger“**

**Bericht**

Im Vorfeld der dreitägigen Tagung *„Politische Kultur in der Demokratie – Herausforderungen für Politiker und Bürger“* fand am 10. Oktober ein von der Doktorschool der Andrássy Universität Budapest (AUB) im Verbund mit dem Donau-Institut für Interdisziplinäre Forschung organisierter, internationaler Doktorandenworkshop statt. Der Fokus des vom DAAD und dem Deutschen Auswärtigen Amt finanziell unterstützten Workshops lag – wie bei der darauffolgenden Tagung – auf den ‚weichen‘ Faktoren der politischen Kultur, wie etwa Werte und Demokratieverständnis, und griff Problemlagen aus unterschiedlichen Perspektiven auf.

In ihrer Einführung erläuterte Frau **Prof. Dr. Ellen Bos**, Leiterin des Donau-Instituts für Interdisziplinäre Forschung und der Doktorschool der AUB, Rahmen und Intention des Donau-Instituts. Diesbezüglich verwies sie auch auf den letzten Doktorandenworkshop *„Krise der Demokratie“* im Mai 2012, in dessen Reihe die Veranstaltung zu sehen sei. Besonderes Ziel sei es, zur weiteren Vernetzung der Universitäten im Donaauraum beizutragen sowie den wissenschaftlichen und persönlichen Austausch über aktuelle Thematiken und Herausforderungen der Region und darüber hinaus zu ermöglichen.

Den Workshopauftakt bildete ein Beitrag von **Tim Kraski** (Andrássy Universität Budapest) zum Thema *„Was sind Bürgertugenden? Politische Kultur aus aristotelischer Sicht“*. In seinem Vortrag widmete sich Kraski der These, dass der heutige Zugang und die Betrachtungen zur politischen Kultur in der Regel über empirische Erkenntnisse erfolge und stark institutionell fokussiert seien, sich darüber aber von sozio-moralischen Grundlagen gelöst und politisiert haben. Stattdessen plädierte er für eine Rückbesinnung auf rational-normative Werthaltung einer ‚vopolitischen‘ Leitkultur der antiken Philosophie nach Aristoteles. Auf das Gemeinwohl ausgerichtet, können diese als reflexive Richtschnur der politischen Kultur einer gut funktionierenden staatlichen Gemeinschaft dienen. Nach diesen einleitenden Gedanken zur Ausgangslage heutiger Auseinandersetzung mit politischer Kultur analysierte Kraski die aristotelische Sichtweise hinsichtlich ‚guter‘ politischer Kultur, welcher Letzterer in den ‚Bürgertugenden‘ Freigiebigkeit, Gerechtigkeit (im Tausch) und Mäßigung des Erwerbsstrebens zusammenfasste. In der darauf folgenden Diskussion wurden schließlich politiktheoretische Kritikpunkte wie die ethisch-institutionelle Abgrenzung, der aristotelischer Elitarismus und die Praktikabilität der genannten These erörtert.

Der zweite Vortrag von **Eva Odzuck** (Friedrich Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg) mit dem Titel *„Die Rolle politischer Theorie in der politischen Kultur liberaler Demokratien“* widmete sich der Rolle politischer Theorie und Kultur im Diskurs um die Gefährdungen der Demokratie. Dabei argumentierte sie für die These, dass der politischen Kultur in liberalen Demokratien fundamentales Gewicht zukomme und die politische Theorie essentiell zur Weiterentwicklung dieser beitragen könne. Hierfür illustrierte Odzuck zunächst ein Verständnis politischer Kultur, dessen konstitutives Wesensmerkmal – im Gegensatz zu institutionalistischen Demokratieverständnissen – die vernünftige öffentliche Argumentation darstellt. Vor dem Hintergrund dieses Verständnisses zeigte sie dann die Möglichkeit einer politischen Kulturforschung der politischen Theorie auf, welche einen wesentlichen Beitrag zur Erforschung und Weiterentwicklung liberaler Demokratien leisten könne. In ihrem Resümee konstatiert die Referentin als Aufgaben der politischen Theorie schließlich die kritische Prüfung und gegebenenfalls qualitative Weiterentwicklung der ideellen Grundlagen des liberalen Demokratieverständnisses. Nur so könne diese auf eine stabile und auch weitestgehend wahre ideelle Grundlage gestellt werden.

Im dritten Beitrag setzte sich **Roxana Stoenescu** (Babeş-Bolyai Universität, Klausenburg) mit dem Thema „*Der Wandel der Öffentlichkeit und ihre Auswirkung auf die heutige politische Kultur in der Demokratie*“ auseinander. Stoenescu skizzierte dabei, entlang den Ausführungen von Jürgen Habermas' Werk, den Strukturwandel sowie die historische Entwicklung der Öffentlichkeit. Dabei ging sie von der Entwicklung der Schrift aus und leitete über zum Briefwechsel, der gesellschaftlichen Diskussion im Salon, der Erfindung des Buchdrucks bis hin zu den modernen Massenmedien wie etwa dem Internet. Der Argumentation folgend habe sich dabei das Medium von kritischer bzw. privater Meinungsäußerung abgekoppelt und durch stetige Technologisierung und staatliche Kontrolle zu einem reinen Sprachrohr homogenisierter Gruppeninteressen wie etwa der Wirtschaft entwickelt. Dies führe letztendlich auch zu einer Auflösung der politischen Öffentlichkeit und Kultur. Demnach müsse die Öffentlichkeit, um ihre politische Kultur in der Demokratie entfalten zu können, zu ihrem eigentlichen Sinngehalt zurückkehren. Die anschließende Debatte zum Beitrag thematisierte den normativ-kulturkritischen Charakter der These und warf weitere Fragen, etwa zur Qualität von Kommunikation und der Bedeutung sozialer Netzwerke für die demokratische Entwicklung, auf.

Der letzte Vortrag des Workshops von **Raul Rognean** (Babeş-Bolyai Universität, Klausenburg) beschäftigte sich mit dem Thema „*Wie viel institutionalisierte Religion verträgt die heutige politische Kultur? Fallbeispiel: Rumänien – die Orthodoxe Symphonia als Subjekt für Demokratiedefizit*“. Ziel der Arbeit war hierbei die Verortung des Verhältnisses zwischen rumänisch-orthodoxer Kirche (ROK) und rumänischem Staat im EU-Vergleich und hinsichtlich demokratischer Standards. Rognean zeichnete hierbei zunächst die Bedeutung der ROK seit Entstehung des rumänischen Nationalstaatsgedankens bis ins heutige Rumänien nach. Am Vergleich mit dem Beispiel Griechenland verdeutlichte er dann die in der ‚Kollaboration‘ von Religion und Staat privilegierte Rolle der ROK, um schließlich auch wesentliche Demokratiedefizite, wie zum Beispiel die Zusammenarbeit mit der Securitate, die enge Bindung zu Parteien oder Schaukooperation aufzuzeigen. Abschließend folgte eine Einordnung in die europäischen Verhältnisse. Rognean attestierte Rumänien dabei nur eine hinkende Trennung von Religion bzw. ROK und Staat, sodass das Land ein Hybrid-Modell darstelle: Während man bei der Religionsfreiheit der europäischen Toleranzpraxis entspreche, seien Probleme oft nur durch Kompromisse zu lösen.